

Protokoll 143. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 4. Juni 2025, 17.00 Uhr bis 20.59 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Snezana Blickenstorfer (GLP), Isabel Garcia (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2022/243 | Schulkommission für die Brückenangebote und die Erwachsenenbildung der Stadt Zürich, Wahl eines Mitglieds nach dem Rücktritt von Evelyne Angermeier-Reutemann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 | |
| 3. | 2022/243 | Schulkommission für die Brückenangebote und die Erwachsenenbildung der Stadt Zürich, Wahl eines Mitglieds nach dem Rücktritt von Sergio Beti (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 | |
| 4. | 2025/183 * | Weisung vom 14.05.2025:
Immobilien Stadt Zürich, Betreuungsgebäude Auhof, Ersatzneubau, Projektierungskredit | VHB
VSS |
| 5. | 2025/193 * | Weisung vom 21.05.2025:
Sozialdepartement, Gemeindeordnung, Teilrevision, Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich, Totalrevision, Abschreibung von sieben Postulaten und einer Motion | VS |
| 6. | 2025/194 * | Weisung vom 21.05.2025:
Kultur, Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG, Beiträge 2025–2031, Zusatzkredit, Änderung des Subventionsvertrags, Genehmigung | STP |
| 7. | 2025/195 * | Weisung vom 21.05.2025:
Stadtentwicklung, BlueLion Stiftung, Beiträge 2026–2029 | STP |
| 8. | 2025/196 * | Weisung vom 21.05.2025:
Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024 | FV |

9.	2025/197	*	Weisung vom 21.05.2025: Finanzdepartement, Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024	FV
10.	2025/198	*	Weisung vom 21.05.2025: Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024	FV
11.	2025/199	*	Weisung vom 21.05.2025: Liegenschaften Stadt Zürich, Rütistrasse 21, Schlieren, Verlängerung Baurecht	FV
12.	2025/200	*	Weisung vom 21.05.2025: Schul- und Sportdepartement, Gesellschaft für Schülergärten Zürich, Beiträge 2025–2028, Aufhebung GR Nr. 2002/555	VSS
13.	2025/201	*	Weisung vom 21.05.2025: Schul- und Sportdepartement, Pestalozzi Bibliothek Zürich, Beiträge ab 2025, Zusatzkredit, Nachtragskredit	VSS
14.	2025/207	*	Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024	OMB
15.	2025/186	* E	Postulat von Reto Brüesch (SVP), Michele Romagnolo (SVP), Sandra Gallizzi (EVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 14.05.2025: Gerechtere und koordiniertere Verteilung der Asylsuchenden auf die Stadtquartiere	VS
16.	2025/202	* E	Postulat der RPK vom 21.05.2025: Rad-WM 2024, Bericht über die strukturellen, organisatorischen, finanziellen und kommunikativen Verantwortlichkeiten sowie zu den identifizierten Schwachstellen	STP
17.	2025/203	* E	Postulat von Flurin Capaul (FDP), Marita Verbali (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 21.05.2025: Entwicklung der Sachbeschädigungen mit Fussballbezug, stärkere Einbindung der Clubs in die Verantwortung	VSI
18.	2025/204	* E	Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Sven Sobernheim (GLP) vom 21.05.2025: Optimierung der Quartierverbindung Oerlikon	VTE
19.	2025/185	* E	Motion von Lara Can (SP), Marco Denoth (SP) und Lisa Diggelmann (SP) vom 14.05.2025: Einführung einer Prüfungs- und Beratungsstelle für Mietzinse in der Stadt	STP
20.	2025/157		Beschlussantrag von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 16.04.2025: Schriftliche Begründung bei Ablehnung der Entgegennahme eines Postulats durch den Stadtrat, Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR)	

21.	2025/130		Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Bericht und Rechnung 2024	
22.	2022/439		Weisung vom 07.05.2024: Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Rekommunalisierung der Firma Biogas Zürich AG, Antrag auf Fristerstreckung	VTE
23.	2023/318		Weisung vom 07.05.2024: Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen betreffend Projektierungskredit für den Bau der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf der Zollbrücke, Antrag auf Fristerstreckung	VTE
24.	2024/534		Weisung vom 27.11.2024: Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Teilrevision betreffend Bussenverzicht Teilnahme unbewilligte Nutzung öffentlicher Grund zu politischen Sonderzwecken, Abschreibung einer Motion	VSI
25.	2024/582		Weisung vom 18.12.2024: Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Gebühren für die Benutzung der städtischen Velostationen, Verordnung, Neuerlass	VTE
26.	2025/66		Weisung vom 26.02.2025: Sozialdepartement, Stiftung IdéeSport, MiniMove, Beiträge 2025–2029	VS
27.	2023/455		Parlamentarische Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023: Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP)	
28.	2024/396	E/T	Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 28.08.2024: Zinslose Baukredite für privat-gemeinnützige Altersinstitutionen sowie Abgabe von Baugrund im Baurecht	VGU
29.	2024/397	E/T	Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 28.08.2024: Vollständige und transparente Vollkostenrechnung bei den Gesundheitszentren für das Alter	VGU
30.	2024/479	A	Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Yves Peier (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 02.10.2024: Prüfung eines Rahmenkredits für die Ausrichtung von Beiträgen an privat gemeinnützige Altersinstitutionen zur Realisierung von wirtschaftlich nachhaltigen Projekten	VGU

- | | | | | |
|-----|----------|-----|---|----|
| 31. | 2024/407 | A/P | Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Subventioniertes Rabattsystem für Familien oder Haushalte mit mehreren gleichzeitig fremdbetreuten Kindern, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB) | VS |
| 32. | 2024/408 | E/A | Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Vereinfachung des Prozesses für die Beantragung und Erlangung von Subventionen für die familienergänzende Betreuung | VS |
| 33. | 2024/410 | E/A | Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Information aller Eltern bei Geburt eines Kindes über die städtischen Subventionsbedingungen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung | VS |
| 34. | 2024/409 | E/A | Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Externer Bericht zum Thema frühe Förderung/frühkindliche Bildung | VS |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

4638. 2025/203
Postulat von Flurin Capaul (FDP), Marita Verbali (FDP) und Sebastian Vogel (FDP)
vom 21.05.2025:
Entwicklung der Sachbeschädigungen mit Fussballbezug, stärkere Einbindung
der Clubs in die Verantwortung

Flurin Capaul (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 11. Juni 2025 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Martina Zürcher (FDP) beantragt namens der FDP-Fraktion die Absetzung von TOP 25, GR Nr. 2024/582 «Weisung vom 18.12.2024: Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Gebühren für die Benutzung der städtischen Velostationen, Verordnung, Neuerlass» von der heutigen Tagliste.

Der Rat stimmt dem Antrag von Martina Zürcher (FDP) mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4639. 2025/216

Erklärung der AL-Fraktion vom 04.06.2025:

Zweite Umsetzungsetappe der «Pflegeinitiative» auf Bundesebene und Zwischenbilanz zum «Programm Stärkung Pflege» in der Stadt Zürich

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag (AL) folgende Fraktionserklärung:

Nur gemeinsam sind Pflegeteams stark

Es ist wieder einmal an der Zeit, über Pflege zu sprechen. Die systemrelevante Arbeit von Pflegefachkräften in unseren Spitälern, in den Langzeitpflegeinstitutionen, in ambulanten Strukturen wie der Spitex und Beratungsangeboten verdient immer wieder Sichtbarkeit - nicht nur auf der nationalen oder der exekutiven Ebene, sondern auch hier im Gemeinderat.

Zweite Etappe Pflegeinitiative

Der Bundesrat hat vorletzte Woche mitgeteilt, wie er die zweite Etappe Pflegeinitiativel umsetzen möchte. Nachdem sie sich letztes Jahr am Vernehmlassungsprozess engagiert hat, erwartete die AL mit Spannung das Resultat der bundesrätlichen Entscheidung. Leider sind zwei zentrale Punkte der vorgestellten Gesetzesvorschläge mehr als enttäuschend und so kann sich die AL nur der Kritik des Schweizerischen Berufsverbands für diplomierte Pflegefachpersonen und der Gewerkschaft VPOD anschliessen: Es ist für uns unverständlich, dass die Sozialpartner*innen bei Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags die verbesserten Vorgaben des neuen Bundesgesetzes über die Arbeitsbedingungen in der Pflege unterschreiten können. Das ist eine Neuigkeit im sozialpartnerschaftlichen Kontext, die, angesichts der mangelnden Finanzierung der Verbesserungen, zu langen Verhandlungsphasen führen kann.

Der Bundesrat verzichtet zudem auf Regelungen, die eine bedarfsgerechte Personalausstattung in allen Pflegebereichen ermöglichen. Das ist besonders schmerzhaft und kurzsichtig, weil eine zentrale Forderung der Pflegeinitiative ausgehöhlt und das Ziel der Erhöhung der Verweildauer im Beruf verfehlt wird.

Stadtrat legt Zwischenbilanz Stärkung Pflege vor

Die schönste Ausbildungsoffensive nützt jedoch nichts, wenn Fachkräfte nach wenigen Jahren den Beruf verlassen. Umso erfreulicher ist es, dass die Stadt Zürich in den letzten Jahren eine gute Ausgangslage geschaffen hat, um dieser Entwicklung entgegenzuhalten. Die gestern vom Stadtrat vorgestellte Zwischenbilanz zum städtischen Programm Stärkung Pflege zeigt, dass die auch seitens der AL geforderten und von diesem Rat verabschiedeten Massnahmen gegen den Pflegenotstand durchaus greifen. Gemessen an der Fluktuationsrate, den eingesparten Kosten für temporäres Personal und dem starken Zulauf in der Ausbildung stehen die städtischen Gesundheitsinstitutionen vorbildlich da.

Es ist wichtig, dass die Stadt Zürich trotz mangelnder Finanzierung aus Bern am Programm festhält und zusätzliche bundesgesetzliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen übernimmt! - Pflege Pools müssen den Verzicht auf temporäres Personal auffangen, die neuen Ansätze für Dienstplanung usw. in der Praxis weiter erprobt werden. Erneut zeigt es sich hier, wie wichtig es ist, dass die medizinische Versorgungskette unter direkter demokratischer Kontrolle steht.

Wirkung in den Hilfs- und Assistenzberufen ausbleibend

Bei der Erhöhung der Funktionsstufen hat die Stadt Zürich 2022 lobenswerterweise Pflegefachpersonen und Fachpersonen Gesundheit berücksichtigt, was beide Berufe würdigte. Sie bilden im pflegerischen Alltag Fachtandems und arbeiten eng zusammen. Gleichzeitig durften jedoch rund 30% des in der Pflege involvierten Personen nicht von einer Funktionsstufenerhöhung profitieren: Pflegehelfer:innen sowie Assistent:innen Gesundheit und Soziales mit einer Attestausbildung. Dies weil die damalige Einschätzung keine Veränderung an Anforderungen, Aufgaben, Kompetenzen oder Verantwortung zu Tage führte. Bei aller Freude zur aktuellen Entwicklung fordert die AL deshalb eine erneute Überprüfung dieses Fehlentscheids!

Denn besonders in Zeiten des Personalmangels ist es träumerisch zu glauben, dass das nicht attestierte Personal in Notfallsituationen keine Aufgaben übernimmt. Es ist träumerisch zu glauben, dass das Hilfs- und Assistenzpersonal Schwankungen im Pflegepersonalbestand nicht abfedert. Es ist träumerisch zu glauben, dass sich die Aufgaben von Hilfskräften und Assistenzpersonal im dynamischen Pflegeumfeld der letzten Jahre nicht verändert bzw. erweitert haben. Dieser Entwicklung muss auf jeden Fall Rechnung getragen werden! Teams entwickeln sich anhand von Herausforderungen dynamisch und gemeinsam! Folglich müssen alle seine Mitglieder gerecht entschädigt werden - und zwar selbstverständlich auch lohnässig.

Die Lohnschere innerhalb der Gesundheitsinstitutionen darf nicht aufgrund politischer Untätigkeit noch mehr

auseinanderklaffen. Die AL lehnt eine solche Entwicklung radikal ab. Lösungsansätze zu den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege sind gut. Sie werden aber besser, wenn sie die unteren Stufen sowie auch das Hotellerie-Personal in der Pflege berücksichtigen. Denn im Spital oder im Gesundheitszentrum fürs Alter gilt dasselbe wie im Leben: Teams - insbesondere Pflorgeteams - sind nur gemeinsam stark.

G e s c h ä f t e

4640. 2022/243

Schulkommission für die Brückenangebote und die Erwachsenenbildung der Stadt Zürich, Wahl eines Mitglieds nach dem Rücktritt von Evelyne Angermeier-Reutemann (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

Es wird mit Wirkung ab 20. Juni 2025 gewählt:

Christian Gschwendt (SP)

Mitteilung an den Stadtrat, die Schulkommission für die Brückenangebote und die Erwachsenenbildung und das gewählte Kommissionsmitglied sowie amtliche Publikation am 11. Juni 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

4641. 2022/243

Schulkommission für die Brückenangebote und die Erwachsenenbildung der Stadt Zürich, Wahl eines Mitglieds nach dem Rücktritt von Sergio Beti (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

Es wird mit Wirkung ab 14. Juli 2025 gewählt:

Sabine Kuhn (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat, die Schulkommission für die Brückenangebote und die Erwachsenenbildung und das gewählte Kommissionsmitglied sowie amtliche Publikation am 11. Juni 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

4642. 2025/183

**Weisung vom 14.05.2025:
Immobilien Stadt Zürich, Betreuungsgebäude Auhof, Ersatzneubau,
Projektierungskredit**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025

- 4643. 2025/193**
Weisung vom 21.05.2025:
Sozialdepartement, Gemeindeordnung, Teilrevision, Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich, Totalrevision, Abschreibung von sieben Postulaten und einer Motion
- Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025
- 4644. 2025/194**
Weisung vom 21.05.2025:
Kultur, Tonhalle-Gesellschaft Zürich AG, Beiträge 2025–2031, Zusatzkredit, Änderung des Subventionsvertrags, Genehmigung
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025
- 4645. 2025/195**
Weisung vom 21.05.2025:
Stadtentwicklung, BlueLion Stiftung, Beiträge 2026–2029
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025
- 4646. 2025/196**
Weisung vom 21.05.2025:
Finanzdepartement, Stiftung Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024
- Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025
- 4647. 2025/197**
Weisung vom 21.05.2025:
Finanzdepartement, Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2024
- Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025
- 4648. 2025/198**
Weisung vom 21.05.2025:
Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2024
- Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025

- 4649. 2025/199**
Weisung vom 21.05.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Rütistrasse 21, Schlieren, Verlängerung Baurecht

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025

- 4650. 2025/200**
Weisung vom 21.05.2025:
Schul- und Sportdepartement, Gesellschaft für Schülergärten Zürich, Beiträge 2025–2028, Aufhebung GR Nr. 2002/555

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025

- 4651. 2025/201**
Weisung vom 21.05.2025:
Schul- und Sportdepartement, Pestalozzi Bibliothek Zürich, Beiträge ab 2025, Zusatzkredit, Nachtragskredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025

- 4652. 2025/207**
Bericht der Ombudsstelle für das Jahr 2024

Zuweisung an die GPK gemäss Art. 63 Abs. 1 lit. d Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR)

- 4653. 2025/186**
Postulat von Reto Brüesch (SVP), Michele Romagnolo (SVP), Sandra Gallizzi (EVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 14.05.2025:
Gerechtere und koordiniertere Verteilung der Asylsuchenden auf die Stadtquartiere

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Luca Maggi (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4654. 2025/202**Postulat der RPK vom 21.05.2025:****Rad-WM 2024, Bericht über die strukturellen, organisatorischen, finanziellen und kommunikativen Verantwortlichkeiten sowie zu den identifizierten Schwachstellen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4655. 2025/203**Postulat von Flurin Capaul (FDP), Marita Verbali (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 21.05.2025:****Entwicklung der Sachbeschädigungen mit Fussballbezug, stärkere Einbindung der Clubs in die Verantwortung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4656. 2025/204**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Sven Sobernheim (GLP) vom 21.05.2025:****Optimierung der Quartierverbindung Oerlikon**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

4657. 2025/185**Motion von Lara Can (SP), Marco Denoth (SP) und Lisa Diggelmann (SP) vom 14.05.2025:****Einführung einer Prüfungs- und Beratungsstelle für Mietzinse in der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Lara Can (SP) vom 21. Mai 2025 (vergleiche Beschluss-Nr. 4609/2025)

Die Dringlicherklärung wird von 76 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4658. 2025/157

Beschlussantrag von Derek Richter (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 16.04.2025: Schriftliche Begründung bei Ablehnung der Entgegennahme eines Postulats durch den Stadtrat, Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR)

Derek Richter (SVP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 4538/2025).

Martina Zürcher (FDP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Der Rat lehnt den Beschlussantrag mit 16 gegen 102 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Mitteilung an den Stadtrat

4659. 2025/130

Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG), Bericht und Rechnung 2024

Ausstand: Reto Brüesch (SVP), Markus Merki (GLP)

Antrag der GPK

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung PWG wird genehmigt.

Referat zur Vorstellung des Geschäfts: Matthias Probst (Grüne), Präsidium

Die GPK beantragt dem Gemeinderat:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung PWG wird genehmigt.

Zustimmung: Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Sanija Ameti (Parteilos), Roland Hurschler (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Enthaltung: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2024 der Stiftung PWG wird genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

4660. 2022/439

Weisung vom 07.05.2025

Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Rekommunalisierung der Firma Biogas Zürich AG, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2022/439.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 6. September 2023 überwiesenen Motion, GR Nr. 2022/439, der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen vom 14. September 2022 betreffend die Rekommunalisierung der Biogas Zürich AG, Paul-Pflüger-Strasse 104, 8064 Zürich, wird um zwölf Monate bis zum 6. September 2026 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

4661. 2023/318

Weisung vom 07.05.2025

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen betreffend Projektierungskredit für den Bau der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf der Zollbrücke, Antrag auf Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2023/318.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Andreas Egli (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 77 gegen 33 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 6. September 2023 überwiesenen dringlichen Motion, GR Nr. 2023/318, der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen vom 28. Juni 2023 betreffend Projektierungskredit für den Bau der Tramhaltestelle «Sihlquai» auf der Zollbrücke, wird um zwölf Monate bis zum 6. September 2026 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

4662. 2024/534

Weisung vom 27.11.2024:

Sicherheitsdepartement, Allgemeine Polizeiverordnung (APV), Teilrevision betreffend Bussenverzicht Teilnahme unbewilligte Nutzung öffentlicher Grund zu politischen Sonderzwecken, Abschreibung einer Motion

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses 4591 vom 14. Mai 2025:

Zustimmung: Referat: Matthias Renggli (SP), Präsidium; Moritz Bögli (AL), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Roger Meier (FDP), Marcel Tobler (SP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Abwesend: Martina Novak (GLP)

Das Präsidium der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Referat: Michael Schmid (AL); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Severin Meier (SP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Dr. Jonas Keller (SP), Reis Luzhnica (SP)
Minderheit: Referat: Andreas Egli (FDP); Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Sandra Gallizzi (EVP), Stephan Iten (SVP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Referat: Michael Schmid (AL); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Niyazi Erdem (SP) i. V. von Severin Meier (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Dr. Jonas Keller (SP), Reis Luzhnica (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Allgemeine Polizeiverordnung vom 6. April 2011 (APV, AS 551.110) wird wie folgt geändert:

Ingress

Der Gemeinderat,

gestützt auf § 3 Abs. 2 Polizeiorganisationsgesetz vom 29. November 2004¹ in Verbindung mit Art. 54 GO²,

beschliesst:

Straf-
bestimmungen

Art. 26 ¹ Verletzungen der Bestimmungen dieser Verordnung sowie städtischer Erlasse, die sich auf diese Verordnung stützen, werden mit Busse bestraft.

² In leichten Fällen kann anstelle einer Busse ein Verweis erteilt werden.

³ Die Teilnahme an einer unbewilligten Nutzung des öffentlichen Grunds zu politischen Sonderzwecken ist nicht strafbar.

2. Der Stadtrat setzt die Änderungen in Kraft.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Die Motion GR Nr. 2022/489 von Moritz Bögli (AL) und Luca Maggi (Grüne) betreffend Änderung der Allgemeine Polizeiverordnung (APV) und der Verordnung über die Benutzung des öffentlichen Grundes (Benutzungsordnung) dahingehend, dass die vorübergehende Benutzung des öffentlichen Raumes zu politischen Sonderzwecken keine strafbare Handlung mehr darstellt, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 11. Juni 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 11. August 2025)

4663. 2025/66

Weisung vom 26.02.2025:

Sozialdepartement, Stiftung IdéeSport, MiniMove, Beiträge 2025–2029

Antrag des Stadtrats

1. Für das Angebot wird der Stiftung IdéeSport ein Beitrag von Fr. 291 640.– für das Jahr 2025 (Saison 2025/26) sowie ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 282 140.– für die Jahre 2026–2029 (Saisons 2026/27, 2027/28 und 2028/29) bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 228 200.– für das Jahr 2025 bzw. einem wiederkehrenden Betriebsbeitrag von Fr. 218 700.– für die Jahre 2026–2029 sowie dem jährlichen Gebührenerlass von Fr. 63 440.–.

¹ LS 551.1

² AS 101.100

- Der Betriebsbeitrag von Fr. 228 200.– bzw. Fr. 218 700.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Ronny Siev (GLP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die SK SD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Zustimmung: Referat: Ronny Siev (GLP); Ruedi Schneider (SP), Vizepräsidium; Moritz Bögli (AL), Fanny de Weck (SP), Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Karin Stepinski (Die Mitte), Marcel Tobler (SP), Marita Verballi (FDP)
 Enthaltung: Michele Romagnolo (SVP)
 Abwesend: Patrik Brunner (FDP), Präsidium; Samuel Balsiger (SVP), Julia Hofstetter (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- Für das Angebot wird der Stiftung IdéeSport ein Beitrag von Fr. 291 640.– für das Jahr 2025 (Saison 2025/26) sowie ein wiederkehrender Beitrag von Fr. 282 140.– für die Jahre 2026–2029 (Saisons 2026/27, 2027/28 und 2028/29) bewilligt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Betriebsbeitrag von Fr. 228 200.– für das Jahr 2025 bzw. einem wiederkehrenden Betriebsbeitrag von Fr. 218 700.– für die Jahre 2026–2029 sowie dem jährlichen Gebührenerlass von Fr. 63 440.–.
- Der Betriebsbeitrag von Fr. 228 200.– bzw. Fr. 218 700.– wird jährlich per 1. Januar an die Teuerung angepasst. Massgebend ist der prozentuale Wert des Teuerungsausgleichs, den die Stadt Zürich ihrem Personal im Vorjahr gewährt hat.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 11. Juni 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. August 2025)

4664. 2023/455

Parlamentarische Initiative der SP-, SVP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 20.09.2023: Festlegung der Taxen in den Alterszentren durch den Gemeinderat, Änderung der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP)

Antrag der Parlamentarischen Initiative

Art. 16 der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) wird wie folgt geändert:

"Der Gemeinderat legt die Taxen gemäss den in den Art. 8–15 festgelegten Grundsätzen in einer Verordnung fest."

Referat zur Vorstellung des Berichts: Nadina Diday (SP), Vizepräsidium

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportdepartements Stellung.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der geänderte Artikel der Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VsEP) ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen (VSEP, AS 813.150)

Festlegung der Taxen	Art. 16 Der Gemeinderat legt die Taxen gemäss den in den Art. 8–15 festgelegten Grundsätzen in einer Verordnung fest.
----------------------	---

Mitteilung an den Stadtrat

4665. 2024/396

**Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 28.08.2024:
Zinslose Baukredite für privat-gemeinnützige Altersinstitutionen sowie Abgabe
von Baugrund im Baurecht**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Anken (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3589/2024).

Tanja Maag (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die privat-gemeinnützigen Altersinstitutionen ohne Gewinnabschöpfung für ihre Bauvorhaben zinslose Baukredite bei der Stadt beantragen, Baugrund im Baurecht erwerben und die Baubewilligungsverfahren für Institutionen der Langzeitpflege schlanker und rascher behandelt werden können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Walter Anken (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4666. 2024/397**Postulat von Walter Anken (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 28.08.2024:
Vollständige und transparente Vollkostenrechnung bei den Gesundheitszentren
für das Alter**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Anken (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3590/2024).

Tanja Maag (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass die Stadt Zürich bei ihren Gesundheitszentren für das Alter eine vollständige und transparente Vollkostenrechnung vorlegt. Zur Vollkostenrechnung gehören unter anderem sämtliche Anlagekosten wie Boden, Immobilienerstellung und Unterhalt. Dabei ist sicherzustellen, dass interne Verrechnungen (wie namentlich die IMMO-Miete) nicht zu höheren als kostendeckenden Tarifen erfolgen, wobei sich die kalkulatorischen Zinsen an den von der Stadt Zürich derzeit auf dem Kapitalmarkt erhältlichen Zinsen orientieren sollen. Überdies sollen auch die Kosten für Leistungen zu Gunsten der Allgemeinheit wie insbesondere die Kosten der Ausbildung ausgewiesen werden. Bezüglich dieser Leistungen ist zudem sicherzustellen, dass sie nicht den Bewohner:innen in Rechnung gestellt werden. Weiter sollen die Steuersubventionen offen ausgewiesen werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Walter Anken (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4667. 2024/479**Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Yves Peier (SVP) und Walter Anken (SVP)
vom 02.10.2024:
Prüfung eines Rahmenkredits für die Ausrichtung von Beiträgen an privat-
gemeinnützige Altersinstitutionen zur Realisierung von wirtschaftlich nachhaltigen
Projekten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3819/2024).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Florian Utz (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Rahmenkredit sinnvoll ist, aus dem die privat-gemeinnützigen nicht Gewinn abschöpfenden Altersinstitutionen Unterstützungsgelder beziehen können. Damit sollen sie wirtschaftlich nachhaltige Projekte mit qualitativem Mehrwert wie zum Beispiel Projekte im Rahmen der Palliativpflege, Betreuung von Menschen mit Demenz und der interdisziplinären Zusammenarbeit durchführen, die im Interesse des «Service Public» sind. Die Resultate sollen innerhalb von 5 Jahren in einer kurzen Berichterstattung vorgelegt werden.

~~Der Rahmenkredit soll auf fünf Jahre beschränkt sein. Innerhalb dieser fünf Jahren soll der Stadtrat strukturelle Reformen aufgleisen, durch die die privat-gemeinnützigen Altersinstitutionen gleich lange Spiessse gegenüber den städtischen Altersinstitutionen erhalten und zukünftig nicht mehr auf den Rahmenkredit angewiesen sind.~~

~~Zudem soll der Stadtrat nach den fünf Jahren auch prüfen, ob der Rahmenkredit für zwei weitere Jahre verlängert werden muss, um die Implementierung der strukturellen Reformen erfolgreichen abzuschliessen.~~

~~Während den ersten sieben Jahren nach Überweisung diesem Postulat soll der Stadtrat jährlich in einen Kurzbericht vorlegen, was gesamt und was ab dem zweiten Jahr in den letzten 12 Monaten bezüglich der strukturellen Reformen umgesetzt wurde.~~

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 67 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4668. 2024/407

**Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Subventioniertes Rabattsystem für Familien oder Haushalte mit mehreren gleichzeitig fremdbetreuten Kindern, Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Marcel Tobler (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3614/2024).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Marcel Tobler (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 60 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4669. 2024/408

**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Vereinfachung des Prozesses für die Beantragung und Erlangung von Subventionen für die familienergänzende Betreuung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3615/2024).

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4670. 2024/410

**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Information aller Eltern bei Geburt eines Kindes über die städtischen Sub-
ventionsbedingungen im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3617/2024).

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4671. 2024/409

**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:
Externer Bericht zum Thema frühe Förderung/frühkindliche Bildung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Tobler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3616/2024).

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. September 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 59 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4672. 2025/217

Motion von Marita Verballi (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) vom 04.06.2025: Einführung eines Betreuungsgutscheinsystems für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter (Kitas)

Von Marita Verballi (FDP) und Thomas Hofstetter (FDP) ist am 4. Juni 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Einführung eines Betreuungsgutscheinsystems für die familienergänzende Kinderbetreuung im Vorschulalter (Kitas) zu unterbreiten. Dieses System soll die heutigen Subjekt- und Objektsubventionen ablösen.

Begründung:

In der Stadt Zürich werden derzeit familienergänzende Betreuungsangebote (Kitas) durch eine komplexe Kombination aus Subjekt- und Objektsubventionen finanziell unterstützt. Etliche Schweizer Gemeinden in den Kantonen Bern und Luzern haben bei der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschulalter bereits erfolgreich auf ein Betreuungsgutscheinsystem umgestellt – mit positiven Effekten für Familien, Kitas und die öffentliche Hand.

Ein Betreuungsgutscheinsystem bringt klare Vorteile:

- Familien können ihre Kita frei nach ihren Bedürfnissen (Standort, pädagogisches Konzept, Öffnungszeiten, etc.) auswählen, und zwar unabhängig davon, ob eine Einrichtung städtische Subventionen erhält.
- Betreuungsgutscheine stellen sicher, dass die finanzielle Unterstützung direkt den Eltern und Kindern zugutekommt. Subventionen fliessen gezielt dorthin, wo der Bedarf tatsächlich besteht.
- Das heutige System mit verschiedenen Subventionstöpfen ist administrativ aufwendig und intransparent. Betreuungsgutscheine sind einfacher zu verwalten und verständlicher für alle Beteiligten.
- Betreuungsgutscheine ermöglichen eine dynamische Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen wie Geburtenrate, steigende Teilzeitarbeit oder neue Arbeitsmodelle. Das heutige System hingegen bevorzugt bestehende Strukturen, selbst wenn sich die Nachfrage verändert.
- Im aktuellen System haben Kitas einen Anreiz, subventionierte Plätze zurückzuhalten oder nur teilweise für berechnete Familien bereitzustellen. Betreuungsgutscheine sorgen für eine faire und bedarfsgerechte Mittelverteilung.
- Die Unterstützung geht direkt an die Familien, anstatt wenig ausgelastete Einrichtungen quersubventionieren.
- Die Gleichstellung aller Anbieter schafft Anreize für Weiterentwicklung und Innovation und trägt so langfristig zur Verbesserung der Betreuungsqualität bei.

Mitteilung an den Stadtrat

4673. 2025/218

Motion von Sandra Gallizzi (EVP), Roger Föhn (EVP) und Stefan Reusser (EVP) vom 04.06.2025: Unterstützung von Personen, die aus der Sexarbeit aussteigen wollen

Von Sandra Gallizzi (EVP), Roger Föhn (EVP) und Stefan Reusser (EVP) ist am 4. Juni 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, um in der Stadt tätige Personen zu unterstützen, die aus der Sexarbeit aussteigen wollen. Die Unterstützung soll alle Formen der Beratung und Hilfe umfassen, um diesen Menschen eine rasche und bleibende Neuorientierung zu ermöglichen. Beispielsweise rechtliche, soziale, medizinische und psychologische Beratung, bedarfsgerechte Ausbildungs-

und Neuorientierungsprogramme, vorübergehende Wohnmöglichkeiten und Finanzhilfen, Reintegration im Heimatland, Schutz vor Ausbeutung und Menschenhandel usw.

Begründung:

Sexarbeit ist keine gewöhnliche Arbeit, wie leider viele der Meinung sind und wie immer wieder gesagt und betont wird. Die Prostituierten erfahren Tag für Tag Unterdrückung, Erniedrigungen und Gewalt durch ihre Zuhälter und auch durch Freier. Kaum eine Prostituierte führt diese so genannte "Sexarbeit" freiwillig aus, sondern die Frauen sind aus vielfältigen Gründen dazu gezwungen (worden). Die Prostituierten sollen eine Wahl haben, sie sollen die Möglichkeit haben auszusteigen und einen anderen Weg einschlagen zu können. Oftmals haben diese Frauen jedoch keine Ausbildung und somit auch keine Perspektive, das macht einen Ausstieg praktisch unmöglich für sie. Darum braucht es Programme für eine Neuorientierung nach dem Ausstieg mit einer breiten Palette situationsgerechter Unterstützungen inkl. finanzielle Unterstützung und Ausbildungsangebote. Damit sie zukünftig ein besseres Leben haben, frei von sexueller Ausbeutung, Gewalt und Angst.

Mitteilung an den Stadtrat

4674. 2025/219

Postulat der Grüne-, SP- und AL-Fraktion vom 04.06.2025: Humanitäre Situation in Gaza, Beitrag zur Linderung der Not der Bevölkerung

Von der Grüne-, SP- und AL-Fraktion ist am 4. Juni 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Angesichts der katastrophalen humanitären Situation in Gaza wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, wie schnellstmöglich ein substanzieller Beitrag zur Linderung der Not der Bevölkerung gespendet werden kann.

Begründung:

Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist dramatisch. Fast drei Monate lang blockierte die israelische Regierung internationale Hilfslieferungen nach Gaza vollständig; die Essensvorräte sind praktisch aufgebraucht. Die UNO warnt seit Mitte April 2025 vor der schlimmsten Notlage für die Zivilbevölkerung seit Beginn des Krieges.

Seit dem 19. Mai bis zum 24. Mai wurden wieder rund 400 Lastwagen mit Hilfsgütern in den Gazastreifen gelassen – doch das ist noch immer viel zu wenig, um die Bevölkerung angemessen zu versorgen. Nach Angaben der UN wären etwa 500 Lastwagen pro Tag nötig.

Auch die medizinische Versorgung ist katastrophal. Hilfsorganisationen wie der Rote Halbmond und Médecins Sans Frontières berichten, dass Schmerzmittel so stark rationiert werden müssen, dass sterbenden Menschen keine Linderung mehr geboten werden kann – in manchen Fällen sollen Amputationen ohne Betäubung vorgenommen worden sein. Zudem wird berichtet, dass Wunden aufgrund von mangelnder Hygiene, fehlendem sauberem Wasser und Unterernährung kaum noch heilen.

Mitteilung an den Stadtrat

4675. 2025/220

Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 04.06.2025: Sichere Gestaltung der Schulwege zur Primarschulanlage Käferholz

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) ist am 4. Juni 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Schulwege zur Primarschulanlage Käferholz sicher gestaltet werden können. Entsprechende Massnahmen sollen bei der Eröffnung der instandgesetzten und umgebauten Schulanlage realisiert sein.

Begründung:

Heute sind auf der Schulanlage Käferholz 14 Sekundarklassen untergebracht. Sie werden ab Sommer 2026 auf der erweiterten Schulanlage «Im Isengrind» unterrichtet und betreut. Die dadurch frei werdende Schulanlage Käferholz wird während zweieinhalb Jahren Instandgesetzt und umgebaut und danach als Tagesschule mit Primarklassen wieder in Betrieb genommen. An der Schule Käferholz werden also in Zukunft nicht mehr Sekundar- sondern Primarklassen geführt.

Die Kinder sollen auf einem sicheren Weg selbständig zur Schule gehen können. Der Schulweg ist für die Persönlichkeitsentwicklung und die Sozialisation der Kinder von grosser Bedeutung. Auf dem Schulweg lernen sie ihre Umwelt kennen, sie knüpfen soziale Kontakte und können Konflikte untereinander austragen.

Die Schulanlage Käferholz liegt an der Käferholzstrasse und nahe der dicht befahrenen Wehntalerstrasse und Glaubtenstrasse. Daher sind Massnahmen zur Schulwegsicherheit notwendig. Diese sollen rechtzeitig umgesetzt werden, damit die Kinder die neue Primarschule Käferholz sicher erreichen können.

Mitteilung an den Stadtrat

4676. 2025/221

Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 04.06.2025:

Instandsetzung der Sihlhölzlibrücke in Einklang mit dem Netto-Null-Ziel

Von Dr. Roland Hohmann (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 4. Juni 2025 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Instandsetzung der Sihlhölzlibrücke mit dem Netto-Null-Ziel in Einklang gebracht und unnötige Treibhausgas- und Lärmemissionen vermieden werden können.

Begründung:

Baustellen sind in den meisten Fällen mit Lärm- und Treibhausgasemissionen verbunden. Beides sind eine Belastung für Mensch und Umwelt. Lärm macht krank und verursacht hohe Gesundheitskosten. Treibhausgase heizen den Klimawandel an, der zur Zunahme von Hitzewellen, Sommertrockenheit, Starkniederschlägen und Extremereignissen führt.

Das Festschreiben des Netto-0 Ziels auf globaler, nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene hat eine technologische Entwicklung angestossen, die es heute ermöglicht, emissions- und zugleich lärmarm zu bauen. So berichtete der Tages-Anzeiger am 7.5.25 über die «ruhigste Baustelle der Schweiz». Gemeint war die Baustelle auf der Schulanlage Riedenhalde in Affoltern, auf der die Baumaschinen mit Strom statt mit Dieselmotoren betrieben werden. Weitere Möglichkeiten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bieten – sofern es die Bausicherheit erlaubt – das zirkuläre Bauen und die Wahl der Baumaterialien.

Bei der Instandsetzung der Sihlhölzlibrücke soll das emissions- und lärmarme Bauen bereits in der Ausschreibung des Bauauftrags verankert und bei der Vergabe entsprechend berücksichtigt werden. Zudem soll für die verbleibenden Emissionen aufgezeigt werden, wie diese nachhaltig ausgeglichen werden können.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Motionen und die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

4677. 2025/222

Schriftliche Anfrage von Patrick Tscherrig (SP), Stefan Urech (SVP) und Nicolas Cavalli (GLP) vom 04.06.2025:

Nutzungsdruck auf die Josefweise, Prüfung von Varianten für die Unterbringung der Wasseraufbereitungsanlage, Notwendigkeit des Unterhaltsstützpunkts von Grün Stadt Zürich im bestehenden Clubhaus sowie Zusicherung einer ausreichenden Fläche für die Pétanquespielenden

Von Patrick Tscherrig (SP), Stefan Urech (SVP) und Nicolas Cavalli (GLP) ist am 4. Juni 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Josefweise erfreut sich immer grösserer Beliebtheit, was den Nutzungsdruck auf die Anlage erhöht. Dies bekommt der Pétanque Club Zürich (PCZ) stark zu spüren, der mit seinem Vereinslokal als Mieter in einer Hälfte des ehemaligen Garderobengebäudes eingemietet ist. Eine wachsende Anzahl regelmässiger Spieler:innen – von denen bei weitem nicht alle PCZ-Mitglieder sind – steht dabei einer immer kleiner werdenden beispielbaren Kiesfläche gegenüber. Einerseits verringerte der Bau des Beachvolleyballfeldes die Spielfläche, andererseits nutzt seit der Pandemie eine grosse Tischtennisszene (feste und mobile Tische) die Kiesfläche bei der Josefweise.

Nun plant das Sportamt auf der Josefweise zusätzlich die Installation einer Wasseraufbereitungsanlage, damit das Planschbecken beim Kiosk die Wasserhygienevorschriften wieder einhält und endlich wieder benutzt werden kann. Zur Unterbringung der Wasseraufbereitungsanlage ist ein Anbau an das Clubhaus des PCZ geplant, was die benutzbare Spielfläche für Pétanquespieler:innen noch weiter einschränken würde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Stadtrat zur Unterbringung der Wasseraufbereitungsanlage auch andere Varianten geprüft, die nicht auf Kosten der beispielbaren Kiesfläche gehen?
2. Wenn ja, warum wurden diese Varianten nicht weiterverfolgt?
3. Die Wasseraufbereitungsanlage könnte im bestehenden Clubhaus untergebracht werden, wenn Grünstadt Zürich nicht gleichzeitig seinen Unterhaltsstützpunkt dort unterbringen müsste. Erachtet der Stadtrat den Unterhaltsstützpunkt im Clubhaus als alternativlos?
4. Falls der Stadtrat zum Schluss kommt, dass der Anbau alternativlos ist: Sieht er eine Möglichkeit, den Pétanquespieler:innen auf der Josefweise eine ausreichend grosse Kiesfläche für den täglichen Spielbetrieb zuzusichern?

Mitteilung an den Stadtrat

4678. 2025/223

Schriftliche Anfrage von Christine Huber (GLP), Markus Merki (GLP) und Nicolas Cavalli (GLP) vom 04.06.2025:

Betriebszeiten von Baustellen, flexiblere Gestaltung bei Baustellen mit einem hohen Anteil an elektrischen Maschinen, Förderung von elektrisch betriebenen Baustellen bei Ausschreibungen, mögliche Lärmreduktionen gegenüber konventionellen Baustellen und Zeitraum für die Umstellung der städtischen Maschinen auf Elektrobetrieb

Von Christine Huber (GLP), Markus Merki (GLP) und Nicolas Cavalli (GLP) ist am 4. Juni 2025 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Aktuell verbietet die Stadt Zürich Bauarbeiten vor 7 Uhr sowie besonders lärmintensive Tätigkeiten zwischen 12 und 14 Uhr. Besonders an heissen Tagen, wenn die Temperaturen über 30 Grad steigen, ist es jedoch für Bauarbeiter von Vorteil, wenn Arbeit möglichst früh beginnen könnten und vor den heissesten Stunden ab ca. 15.00 Uhr beendet werden können.

Mit Baustellen, die auf elektrisch betriebene Maschinen und Geräte setzen, wird die Lärmbelastung – je nach Tätigkeit – erheblich reduziert. So bieten Baustellen mit hohem Anteil von elektrischem Inventar (LKW, Bagger, Dumper etc.) insbesondere in Wohngebieten emissionsmässig deutliche Vorteile.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwieweit könnten die Betriebszeiten von Baustellen mit hohem Anteil an elektrischen Maschinen flexibler gestaltet werden, als dies bei «gewöhnlichen» Baustellen mit dieselbetriebenen Maschinenpark der Fall ist?
2. Inwieweit hat die Stadt Zürich die Möglichkeit, die Betriebszeiten von Baustellen mit Elektroinventar, unter der Berücksichtigung nationaler Lärmvorschriften, auszuweiten; Arbeitsbeginn vor 07.00 Uhr, verkürzte Mittagspausen etc.?
3. Welche Bestrebungen unternimmt die Stadt Zürich, bzw. das Tiefbauamt, bei Ausschreibungen von Bauleistungen, den Einsatz von elektrisch betriebenen Baumaschinen auf städtischen Baustellen zu fördern – oder sogar zu fordern?
4. Welche Lärmreduktionen erwartet der Stadtrat bei Baustellen mit rein elektrobetriebenen Maschinen gegenüber «konventionellen» Baustellen?
5. In welcher Zeitspanne wird die Stadt Zürich die eigenen Baumaschinen auf reinen Elektrobetrieb umstellen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

**4679. 2024/194
Wahl eines Mitglieds in die SK FD nach dem Rücktritt von Christian Traber (Die Mitte) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026**

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025):

Karin Stepinski (Die Mitte)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

**4680. 2024/197
Wahl eines Mitglieds in die SK TED/DIB nach dem Rücktritt von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026**

Es wird gewählt (Zirkularbeschluss der Geschäftsleitung vom 27. Mai 2025):

Stéphane Braune (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

**4681. 2024/199
Wahl eines Mitglieds in die SK SD nach dem Rücktritt von Karin Stepinski (Die Mitte) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026**

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 2. Juni 2025):

Roger Föhn (EVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

4682. 2025/165

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP), Marita Verbali (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte) und 75 Mitunterzeichnenden vom 16.04.2025: Zurich Pride Festival (ZHPF), Austragungsort und Route während des Umbaus des Kasernenareals und der Landiwiese, finanzielle Unterstützung durch die Stadt und Verfügbarkeit der Kasernenwiese für Veranstaltungen nach dem Umbau

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1398 vom 14. Mai 2025).

4683. 2025/166

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 16.04.2025: Ankündigung von Zöllen für Importe in die USA, Geschäftsbeziehungen der Stadt mit US-amerikanischen Unternehmen und Umfang der bezogenen Produkte, mögliche Abwälzung der entstehenden Mehrkosten auf die Stadt sowie Konsequenzen für künftige Ausschreibungen und Vergaben

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1396 vom 14. Mai 2025).

4684. 2025/69

Schriftliche Anfrage von Jehuda Spielman (FDP), Marita Verbali (FDP), Anthony Goldstein (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 26.02.2025: Erwerb mehrerer Liegenschaften in Wiedikon durch städtische Wohnbaustiftungen, durchschnittliche Dauer der Mietverhältnisse, durchschnittliche Mietzinse, baulicher Zustand der Liegenschaften und mögliche Totalsanierung, Ausschluss von Leerkündigungen sowie einer Verdrängung von langjährigen Mietverhältnissen und Quartierbewohnenden

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1518 vom 21. Mai 2025).

4685. 2025/70

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 26.02.2025: Betrieb der «Schiffbau-Bar», betriebswirtschaftliche Ziele des Schauspielhauses mit dem Barbetrieb, Schaden durch den Konkurs der Schiffbau Gastrokultur AG, Führung des Barbetriebs in den letzten fünf Jahren und Darlegung der Ergänzungen von Personalkantine und Bar

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1511 vom 21. Mai 2025).

4686. 2025/71

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 26.02.2025:

Städtische Vertretungen in den Vorständen oder Verwaltungsräten der Kulturstätten, Auflistung der Vertretungen, Interessenkonflikte als Vertretung der Stadt und als Vertretung des Lenkungsorgans, Weisungen an die Vertretungen und mögliche personalrechtliche Konsequenzen bei einer Missachtung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1512 vom 21. Mai 2025).

4687. 2025/72

Schriftliche Anfrage von Selina Walgis (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 26.02.2025:

Tierfreundlicherer Umgang mit den Stadttauben, Entwicklung der Taubenpopulation, Anzahl Tötungen von Tieren, weitere Regulierungsmassnahmen, Auswirkung des Fütterungsverbots und Reklamationen aus der Bevölkerung sowie Anzahl Taubenschläge und Formen der Bewirtschaftung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1399 vom 14. Mai 2025).

4688. 2025/73

Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 26.02.2025:

Konfliktsituationen zwischen den Velofahrenden und weiteren Personen auf dem Hallwylplatz, Massnahmen für eine sichere bauliche Gestaltung, Alternativroute über die Werdstrasse-Stauffacherstrasse und damit verbundene Herausforderungen sowie mögliche Planung im Rahmen einer Teilrevision des regionalen Richtplans

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1508 vom 21. Mai 2025).

4689. 2025/90

Schriftliche Anfrage von Tanja Maag (AL), Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Michael Schmid (AL) vom 05.03.2025:

Standmieten für den Flohmarkt Bullingerhof, Anzahl Bewilligungen für privat organisierte Märkte auf öffentlichem Grund, Kulanz betreffend Bedingungen, Erlass von Gebühren für Quartiermärkte, Saisonbewilligungen für kleinere Flohmärkte, Gründe für die Anhebung der Gebühren für den Flohmarkt Bullingerhof und Möglichkeiten für die Stärkung kleinerer Flohmärkte

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1519 vom 21. Mai 2025).

4690. 2024/484**Weisung vom 23.10.2024:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Untermoos, Umbau, neue einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 19. März 2025 ist am 26. Mai 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Juni 2025.

4691. 2024/490**Weisung vom 30.10.2024:****Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Maneggstrasse 37, Miete, Zusatzkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 19. März 2025 ist am 26. Mai 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Juni 2025.

4692. 2024/512**Weisung vom 13.11.2024:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Schanzengraben, Umbau, neue einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 19. März 2025 ist am 26. Mai 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Juni 2025.

4693. 2024/514**Weisung vom 13.11.2024:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Bühl, Umbau, neue einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 19. März 2025 ist am 26. Mai 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 11. Juni 2025.

Nächste Sitzung: 11. Juni 2025, 17.00 Uhr